

Das „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“

Fragen an Maria-Sibylla Lotter

Frau Lotter, Sie gehören zur Steuerungsgruppe eines neu gegründeten „Netzwerkes Wissenschaftsfreiheit“. Worum geht es dabei?

Wir beobachten, dass die verfassungsrechtlich verbürgte Freiheit von Forschung und Lehre derzeit in den westlichen Demokratien langsam, aber stetig unterhöhlt wird. Hier wirken verschiedene Ursachen zusammen, zu denen auf der einen Seite die Ökonomisierung der Universitäten und der Drittmitteldruck gehört, der auch den Konformationsdruck im Fach steigert. Auf der anderen Seite beanspruchen Einzelne und aktive Gruppen in und außerhalb der Universität – ich nenne sie jetzt mal moralisch-politische Entrepreneur*innen – , festlegen zu können, welche Fragestellungen, Themen und Argumente moralisch verwerflich oder politisch gefährlich sind. Wer diese willkürlichen moralisch-politischen Grenzen überschreitet, muss damit rechnen, diskreditiert zu werden. Das können sich die festgestellten Professoren leisten, die deswegen auch die Grundlage des Netzwerkes bilden, aber nicht mehr der wissenschaftliche Nachwuchs und die prekär Beschäftigten. Bei ihnen kann eine offen kritische Haltung gegenüber den Ideologien, die derzeit en vogue sind, die Karriere kosten. Wir versuchen, das Bewusstsein für die Wichtigkeit einer freien kontroversen und möglichst tabulosen Debatte für die Qualität der Wissenschaften und die Persönlichkeitsentwicklung zu stärken, damit auch der nächsten Generation noch etwas davon bleibt.

Wie groß ist das Interesse von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, dem Netzwerk beizutreten?

Vier Wochen nach den Presseberichten waren wir auf 200 angewachsen, wobei noch viele Anträge auf Mitgliedschaft unbearbeitet sind, und auch jetzt treffen noch täglich neue ein.

Das enorme Bedürfnis nach einem Kontext, wo man freier diskutieren kann als derzeit an der Universität, ist für uns organisatorisch eine Herausforderung. Wir waren ja nicht an die Presse gegangen, um uns zu vervierfachen, sondern damit Kolleg*innen in Schwierigkeiten wissen, wo Sie um Unterstützung nachfragen können. Jetzt sind wir plötzlich von einem kleinen Segler zu einem Tanker geworden. Aber wir freuen uns natürlich über das große Interesse an einer besseren akademischen Streitkultur.

Wie stark sehen Sie die Wissenschaftsfreiheit an den deutschen Universitäten gefährdet?

Um Leib und Leben muss hier niemand fürchten. Um die Möglichkeit, vom Mainstream abweichende Meinungen vertreten zu können, ohne angefeindet oder vom fachlichen Austausch ausgeschlossen zu werden, in vielen Bereichen schon. Wenn jetzt nichts getan wird, um die Debatte zu stärken, wird von einer Wissenschaft, die sich auch unzeitgemäße Betrachtungen erlaubt und neue Denkwege einschlagen kann, bald nicht mehr viel übrig sein. Was die Gefährdung der Streitkultur angeht, gibt es allerdings große Unterschiede zwischen den Fächern.

Bei den in der Presse diskutierten Fällen wie die *Minklerwatch* oder den Versuchen, in Frankfurt eine Tagung der Ethnologin Susanne Schröter zum islamischen Kopftuch zu verhindern, handelt es sich eher um Aktionen kleiner Gruppen. Viel häufiger und problematischer ist die von den Wissenschaftler*innen selbst entwickelte Neigung, kritische Stimmen auszugrenzen, um sich nicht mehr mit ihnen auseinandersetzen zu müssen. Nehmen wir das Beispiel der Kommunikationswissenschaft, die ja auch die Richtung vorgibt, die dann Journalisten nehmen. Beim Thema Gendern ist derzeit ein Prozess in Gange, der

INTERVIEW

vermuten lässt, dass es bald nicht mehr möglich ist, kritische Beiträge zu dieser sich rasant verbreitenden neuen Praxis zu publizieren. Woran man das merkt? Ein Kommunikationswissenschaftler kritisiert in einem Meinungsbeitrag im Debattenforum der Fachzeitschrift *Publizistik* diverse Formen des Genderns als eine linguistisch unbegründete und disfunktionale Verhuzung der Sprache. Der Beitrag – informativ, provokativ, lesenswert – wird von den Herausgebern einstimmig angenommen, sie vereinbaren zugleich mit Verteidigerinnen des Genderns Entgegnungen, wie bei solchen Meinungsbeiträgen üblich. Die Zusagen werden zurückgezogen. Stattdessen organisiert man im Fach einen gemeinsamen Brief an die Herausgeber der Zeitschrift mit der Forderung, solche Beiträge nicht mehr zu drucken. Das Bemühen um inklusive und gendergerechte Sprache dürfe nicht durch „unwissenschaftliche“ Artikel diskreditiert werden. 350 Mitglieder unterschreiben – ein Drittel des gesamten Faches! Wer nicht dabei ist, macht sich verdächtig. Den Herausgebern wird mit dem Entzug der Gelder aus Mitgliedsbeiträgen gedroht.

Diese neue Gleichsetzung von Wissenschaftlichkeit mit den Vorstellungen von (Gender-)Gerechtigkeit, die von der Mehrheit oder der durchsetzungsstärksten Minderheit vertreten werden, erinnert doch ein bisschen an die DDR, finden Sie nicht?

Überraschend viele aus dem Fach Philosophie haben mitunterzeichnet. Ist denn die Philosophie, traditionell der Hort freien Denkens, davon besonders betroffen?

Im Vergleich zu Fächern wie der Germanistik, den Genderstudies und Post Colonial Studies, den Medienwissenschaften und Kulturwissenschaften ist die Philosophie eher wenig betroffen. Gerade weil ein Engagement für die Wissenschaftsfreiheit noch nicht von den allen Kollegen und Kolleginnen automatisch als Anzeichen für AFD-Sympathisantentum oder andere moralisch-politische Übel verstanden wird, können sich Philosophinnen hier unbelasteter engagieren. Dasselbe gilt auch für die vielen Juristen im Netzwerk – sie

sind seltener persönlich betroffen, wollen aber dazu beitragen, das Bewusstsein für den Wert der Wissenschaftsfreiheit und die Streitkultur in anderen Fächern zu verbessern.

Allerdings ist auch die Philosophie nicht der Hort des freien Denkens, als der sie oft ausgegeben wird. Selbstzensur im Sinne der oft gar nicht bewussten Vermeidung heikler Themen ist auch hier verbreitet, wenn man von Ausnahmen wie Georg Meggle absieht, der sich schon in den Achzigern für eine freie Diskussion von Peter Singers Thesen eingesetzt hat und sich nicht gescheut hat die Frage aufzuwerfen, ob Terrorismus mitunter gerechtfertigt sein kann. Heute hingegen hält man sich bei heiklen Themen in der analytischen Philosophie eher an die beliebte Methode, das Problem so umzuschreiben, wie es sich in der Wirklichkeit nicht stellt, und dann kunstreich eine Behauptung zu widerlegen, die niemand vertritt. So kann man den Anschein einer furchtlosen Streitkultur aufrechtzuerhalten.

Bekannt ist der Fall Schönecker. Gibt es denn aus dem Fach Philosophie noch andere Fälle?

Ich halte es für falsch, das Problem auf „Fälle“ zu reduzieren, worunter man meist Versuche versteht, Vortragende auszuladen oder am Reden zu hindern. Der Stand der derzeitigen Debattenkultur in der Philosophie lässt sich weniger am „Fall“ Schönecker ablesen als an den unauffälligen Reaktionen seiner Kollegen und Kolleginnen. Zur Erinnerung: Schönecker hatte sich an die philosophischen Fachgesellschaften gewandt und um Unterstützung gegen die Eingriffe von Dekanat und Rektorat in eine Vortragsreihe zur Meinungsfreiheit gewandt, in der auch Thilo Sarrazin und Marc Jongen sprechen sollten. Das Dekanat und Rektorat wollten dies verhindern, weil ihnen die Vortragsreihe zu rechtslastig erschien. Dieser Eindruck war aber überhaupt nur entstanden, weil die „Linken“, die Schönecker auch eingeladen hatte, abgesagt hatten.

Wie sollte man nun mit Schöneckers Bitte um Unterstützung umgehen? Es ging hier ja nicht

INTERVIEW

um die Frage, ob es eine gute Idee ist, eine Veranstaltung wie die von ihm geplante durchzuführen, sondern ob man das Recht eines Kollegen verteidigt, eine Veranstaltung durchzuführen, die sich im Rahmen seiner verfassungsmäßig garantierten Wissenschaftsfreiheit bewegt. Keine der Fachgesellschaften war jedoch bereit, sich öffentlich für dieses Recht einzusetzen, weil man mit den „verruhten“ Namen auf der Liste der Vortragenden nicht assoziiert werden wollte. Stattdessen hagelte es von seiten der Kollegen Vorwürfe gegen Schönecker. Aber immerhin wurde eine Diskussionsveranstaltung organisiert, auf der Schönecker sich der Kritik stellen konnte und wo auch „Verteidigerinnen“ seiner Wissenschaftsfreiheit eingeladen wurden. Und er wird seitdem auch nicht von Fachkongressen und Workshops in seinen philosophischen Spezialbereichen ausgeschlossen, wie es etwa Kritikerinnen der mangelnden Gleichberechtigung von Frauen in islamischen Kontexten in der Ethnologie passiert. Aber leichtere bis mittlere Formen des Mobbing wie feindselig und moralisch zu rechtweisend formulierte Absagen von Einladungen kommen schon vor. Auch Kritiker der Covid-Strategie der Bundesregierung wurden im Fach teilweise angefeindet. Und deutsche Fachkollegen haben sich an einer Kampagne gegen die britische Philosophin Kathleen Stock wegen angeblicher Transfeindlichkeit beteiligt, die dann vom Leibniz-Zentrum für Allgemeine Sprachwissenschaft ausgeladen wurde. (<https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/cancel-culture-an-hochschulen-chronik-einer-verleumdung-17247116.html?premium>) Ich würde also sagen, die Philosophie ist nicht mehr im grünen, aber auch noch nicht im roten Bereich der Warnungsstufe, was die Lebendigkeit ihrer Streitkultur angeht.

Sehen Sie hinter diesen „moralisch-politischen Entrepreneur“, wie Sie sie nennen, eine bestimmte Ideologie?

Ja, aber man muss berücksichtigen, dass es noch mehr Motivationslagen gibt, die in Deutschland zur Einschränkung der freien Debatte oder zum Ausschluss von bestimmten

Personen führen. Die *erste* entspringt der Angst vor Themen oder Meinungen, die irgendwie mit dem Nationalsozialismus in Verbindung gebracht werden könnten, das spielte auch schon früher bei den Verhinderungen der Vorträge von Peter Singer eine große Rolle. Die *zweite* ergibt sich aus einer ganz simplen politischen Unterteilung der Welt in die, die zu uns gehören, und die anderen. Das gibt es sowohl auf linker wie rechter Seite. Als noch die Mehrheit der Hochschulangehörigen konservativ war, sortierte man in manchen Berufungskommissionen als erstes gewisse Bewerber mit dem Argument aus, sie seien „zu links“. Das reichte vollkommen aus. Eine Promotionsstipendiatin einer konservativen parteinahen Studienstiftung erzählte mir, wie ihr noch 2014 die Verlängerung ihres Stipendiums nicht bewilligt wurde, nachdem sie zu einer selbstorganisierten Veranstaltung auch Wissenschaftler von anderen „linkeren“ Stiftungen eingeladen hatte und sich geweigert hatte, die Einladungen abzusagen.

Nur die *dritte* Motivationslage, die heute eine besonders starke Rolle spielt, entspringt einer Ideologie, nämlich der aus den USA herübergeschwappten „woken“ Identitätspolitik. Das ist die späte Transformation einer moralisch-politischen Reformbewegung, die für mehr Partizipation von Frauen, Schwarzen, Schwulen und anderen Minderheiten eintrat. Ursprünglich ging es dabei um Gleichberechtigung, Selbstermächtigung, Toleranz, alles Werte, die mit der Wissenschaftsfreiheit bestens vereinbar sind und sie sogar stark befördern. Neuerdings ist daraus jedoch das Programm einer humorfreien moralisch-politischen Umerziehung zu moralisch wünschenswerten Einstellungen geworden, und für diese puritanische Umerziehungswut werden paternalistische Rationalisierungen vorgebracht wie, man wolle verhindern, dass diejenigen, die für weniger privilegiert gehalten werden, sich gekränkt oder provoziert fühlen könnten. Die damit verbundene Intoleranz gegenüber allen Äußerungen oder Positionen, die Anstoß erregen könnten, ist nicht mit der Kultivierung einer entspannten, freien kontroversen Debatte vereinbar, wie sie in den Wissenschaften nötig ist, um ein Problem von allen

INTERVIEW

Seiten zu beleuchten. Sie tut aber auch denen nicht gut, die man wähnt schützen zu müssen. Diese lernen ja gerade nicht, sich in intellektuellen Debatten zu behaupten und ihre rhetorischen Fähigkeiten zu entwickeln. Eher lernen sie, ihre Empfindlichkeiten übertrieben ernst zu nehmen.

Der Gender-Stern, der sich auch in der Philosophie ohne sichtbare Diskussion weitgehend durchsetzt, der aber in der Öffentlichkeit deutlich abgelehnt wird, gehört der auch in diesen Kontext?

Auch hier ist leider in großen Teilen der Wissenschaft ein Konformationsdruck entstanden, der oft auch noch von Uni-Leitungen befördert wird. Wenn aus der Sprache ein in die Länge gezogener gestelzter Neusprech wird, sie nur noch formelhaft klingt, ist in jedem Fall mehr Schaden als Nutzen angerichtet. Wir brauchen kreative Lösungen im Umgang mit der Sprache, ohne unsere eigenen Ausdrucksfähigkeit zu behindern.

Man muss auch berücksichtigen, dass die aus gewissen psychologischen Untersuchungen gezogenen Folgerungen, allein schon eine stärkere grammatische Präsenz des Weiblichen in der Sprache würde die reale Bedeutung von Frauen in der Gesellschaft stärken, sehr umstritten sind. Letztlich ist es mehr ein subjektives Gefühl als eine wissenschaftliche Grundlage, die mich etwa dazu veranlasst, häufiger die weibliche Form zu verwenden als grammatisch eigentlich vorgesehen. Ich finde es aber auch okay, wenn Menschen aus Gründen der sprachlichen Klarheit und Eleganz bei der alten Form bleiben. Gendersternchen und die Einfügung von Computerzeichen sind für mich ein Graus. Schlimm finde ich es, wenn so eine sprachliche Änderung durch Empfehlungen von Rektoraten oder gar autoritäre Verfügungen in Verlagen gegen den Willen der Autorinnen durchgesetzt wird. Oder wie in den Kommunikationswissenschaften: Wenn eine mächtig gewordene Gruppe, die fest an Gerechtigkeit durch Gendersternchen glaubt, ihre Ideen mit Wissenschaft gleichsetzt und die Gegenstimmen autoritär zum Verstummen zu bringen versucht.

Im Fall Schönecker wurde immer argumentiert, es gehe darum zu verhindern, dass sich rechtspopulistische Intellektuelle (wie in Ungarn) in der Philosophie breitmachen. Wie verbreitet sind konservative oder reaktionäre Denkweisen beim akademischen Nachwuchs?

Nach meiner Erfahrung verschwindend gering. Wenn sich in meinen Veranstaltungen einmal Konservative oder AFD-nahe Personen trauen, sich zu Wort zu melden, was schon äußerst selten vorkommt, sind es immer Seniorenstudenten.

Romy Jaster und Geert Keil schlagen in einem Beitrag für die „Zeit“ (10. Februar 2021) vor, bestimmte Diskurstugenden als Maßstab für das Reden an Universitäten zu nehmen, auf den man sich im konkreten Fall berufen kann. Wäre ein solcher Tugendkodex praktikabel?

Nein. Sie schlagen etwa die Regel vor, niemanden einzuladen, der gewisse für die Wissenschaft erforderliche diskursive Tugenden nicht pflegt, wie die Bereitschaft zur Selbstkritik, den Gegner ausreden zu lassen und ihn wohlwollend zu interpretieren. Ich erlebe oft Wissenschaftler, denen mindestens eine dieser Tugenden fehlt, meist die Selbstkritik, oft aber auch das Wohlwollen. Soll man Meckerer und Besserwiserinnen ächten, auch wenn sie rein fachlich etwas viel Interessanteres beizutragen haben als diejenigen, die vorbildliche kommunikative Tugenden verkörpern? Das ist wieder so ein typischer Vorschlag aus der chronisch unpraktischen Praktischen Philosophie, zu der ich ja auch selbst gehöre.

Maria-Sibylla Lotter ist Professorin für Philosophie mit dem Schwerpunkt Ethik und Ästhetik an der Ruhr-Universität Bochum.